FDP| 21.03.2025 - 12:12

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen

Bundestag und Bundesrat haben eine Grundgesetzänderung beschlossen, die die Schuldenbremse aushebelt und ein Sondervermögen bereitstellt. Die FDP kritisiert die Entscheidung scharf. Denn: Dieser Schritt ebnet den Weg für eine hemmungslose Schuldenmacherei.

Diese Woche haben Union, SPD und Grüne im Bundestag und Bundesrat die Schuldenbremse ausgehebelt. Es wird ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro geschaffen. Die Freien Demokraten haben im Bundestag als Stimme der Generationengerechtigkeit gegen die Änderung des Grundgesetzes und damit gegen das exorbitante Schuldenpaket gestimmt. Auf Drängen der FDP-Landesministerinnen Daniela Schmitt und Lydia Hüskens haben sich die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten.

Nach Ansicht von FDP-Fraktionschef Christian Dürr bezeichnete [1] wird die Finanzarchitektur Deutschlands grundlegend verändert. Die Freien Demokraten lehnen eine Aufweichung der Schuldenbremse entschieden ab. „Die Schuldenbremse war kein Hindernis für Fortschritt, sondern eine Versicherung für kommende Generationen“, betonte Dürr. Sie diene als Schutzmechanismus, der verhindere, dass künftige Generationen für heutige politische Versäumnisse zahlen müssen. In diesem Sinne seien die Schulden von heute die Steuern von morgen. „Sie sorgen damit für die höchste Staatsquote in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, warf Dürr den anderen Fraktionen vor. Der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke warnte ebenso eindringlich [1]: „Die Zinsen werden steigen“, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU.

Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an

[2]

Ein Beitrag geteilt von FDP-Fraktion im Bundestag (@fdpbt) [2]

Gefahr der "hemmungslosen Schuldenmacherei"

Besonders besorgniserregend sei auch die politische Signalwirkung der Reform der Schuldenbremse. Dürr sieht darin einen „Startschuss für hemmungslose Schuldenmacherei“. Ohne klare Begrenzungen könne der Staat beliebig Geld ausgeben, ohne sich um Finanzierung oder wirtschaftliche Nachhaltigkeit zu kümmern. Kernaufgaben des Staats, wie Beamte oder Nachrichtendienste, könnten zukünftig auf Pump finanziert werden. Dies entspreche keiner soliden Fiskalpolitik.

Besonders kritisch sei, dass die neuen Schulden keine klare Zweckbindung haben. „Fast 270 Milliarden Euro werden aufgenommen, aber nicht gezielt für Verteidigung oder Infrastruktur eingesetzt. Stattdessen dient das Geld dazu, die Koalition zusammenzuhalten“, kritisierte Dürr. Der eigentliche Zweck sei nicht der Fortschritt, sondern vor allem die Finanzierung eines wachsenden Sozialstaats. „Der Wohlstand von morgen wird für kurzfristige Wahlgeschenke geopfert.“

Für die FDP ist besonders brisant, dass die Union diese wirtschaftspolitischen Regelungen mitträgt. Die Maßnahmen aus dem schwarz-roten Sondierungspapier sind laut Dürr klassische linke Wirtschaftspolitik: Mindestlohnerhöhungen, eine höhere Mütterrente ohne echte Rentenreform, Zwangsquoten für grünen Stahl, die Mietpreisbremse, Steuererhöhungen, mehr Bürokratie und fehlende Einsparungen. „Mit dieser Entscheidung stellt sich die Union gegen eine echte Wirtschaftswende. Viel Geld, kaum Reformen – das wird die Kanzlerschaft von Merz prägen“, bilanzierte Dürr. Statt notwendige Wirtschaftsreformen anzugehen, setze man auf staatliche Eingriffe und Regulierung. Diese Kehrtwende von Merz dürfte viele Bürgerinnen und Bürger enttäuschen, die eigentlich eine Wirtschaftswende und bürgerliche Politik wählten.

Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an

[3]

Ein Beitrag geteilt von FDP-Fraktion im Bundestag (@fdpbt) [3]

Angriff auf den Föderalismus

Auch die Landesverfassungen sind von der Grundgesetzänderung betroffen. So wird die Schuldenbremse künftig auch für die Bundesländer ausgehebelt und sie sollen ein Fünftel des neuen Sondervermögens selbst verwalten. Doch laut Fricke sind die Formulierungen im Gesetzentwurf hierzu so unklar, dass niemand genau wisse, welche Regelungen in den Landesverfassungen tangiert werden oder wie viel Geld die Länder tatsächlich erhalten. Darüber hinaus läuft der Gedanke der Eigenstaatlichkeit der Länder und ihrer Verfassungsautonomie durch das Gesetz ins Leere, dies entspricht einem Angriff auf den Föderalismus. Die FDP-Fraktionen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen wollen daher in den Ländern Klagen einreichen [4]. So soll verhindert werden, dass die jeweiligen Landesregierungen der geplanten Änderung des Grundgesetzes im Bundesrat zustimmen.

Die FDP brachte darüber hinaus am Dienstag einen alternativen Vorschlag ein [5]: Statt immer neue Schulden für diverse Zwecke aufzunehmen, sollte das bestehende Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden Euro in einen Verteidigungsfonds mit einem Gesamtvolumen von 300 Milliarden Euro überführt werden. Diese Mittel wären ausschließlich zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit vorgesehen. Eine zentrale Bedingung: Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sollte fest im regulären Haushalt verankert werden. Dieses Vorgehen hätte klare Prioritäten im Haushalt gesetzt und gleichzeitig zusätzliche Mittel bereitgestellt. Der Antrag wurde von Union, SPD und Grünen jedoch abgelehnt.

> Die einen bekämpfen den Staat, indem sie Hass und Misstrauen in seine Institutionen säen. Die anderen wollen den Staat so sehr umarmen, dass er handlungsunfähig werden könnte. Es braucht aber eine Politik, die dem Einzelnen etwas zutraut und einen Staat, der in seinen…
>
> — Christian Dürr (@christianduerr) March 18, 2025 [6]

Die FDP kämpft weiter für Freiheit und Eigenverantwortung

Obwohl die FDP im neuen Bundestag nicht mehr vertreten sein wird und somit die FDP-Abgeordneten

vorerst ihre letzten Reden im Bundestag hielten, ist Dürr überzeugt: Die liberale Kraft im Land wird eine „Renaissance“ erleben – gerade weil die jüngsten politischen Entscheidungen zeigen, wie dringend sie gebraucht wird. Denn: „Fiskalische Solidität ist die Grundlage einer freien Gesellschaft.“

Seine Botschaft ist klar: „Die einen bekämpfen den Staat mit Hass, die anderen umarmen ihn so sehr, dass er handlungsunfähig wird. Doch die Antwort muss anders lauten: Eine Politik, die dem Einzelnen etwas zutraut, und ein Staat, der in seinen Kernaufgaben stark ist.“ Mit dieser Grundgesetzänderung werde die staatliche Gewalt völlig entfesselt, anstatt begrenzt. Er brachte es mit einem prägnanten Vergleich auf den Punkt: „So wenig, wie es einen vegetarischen Schlachthof gibt, so wenig gibt es einen übergriffigen Staat, der wirtschaftliche Freiheit fördert.“

Der verantwortungsvolle Umgang mit der hart erarbeiteten Freiheit jedes Einzelnen bleibe ein zentrales Anliegen der Freien Demokraten – auch in der außerparlamentarischen Opposition.

Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an

[7]

Ein Beitrag geteilt von FDP-Fraktion im Bundestag (@fdpbt) [7]

Indirekte Staatschulden nicht vergessen

Die deutsche Haushaltslage steht vor erheblichen Herausforderungen, insbesondere wenn man neben den direkten Staatsschulden auch die langfristigen Verpflichtungen des Staates berücksichtigt. Dürr warnte im Gespräch mit dem „Deutschlandfunk“ [8]davor, Deutschland in eine Lage wie Griechenland vor rund zwölf Jahren geraten zu lassen: „Schulden sind nicht folgenlos.“ Während die direkten Staatsschulden Deutschlands derzeit bei etwa 2,5 Billionen Euro liegen, verwies Dürr auf eine oft übersehene Tatsache: „Deutschland ist ein Land, was sehr hohe indirekte Staatsverschuldung hat.“

Diese umfasse Verpflichtungen aus sozialen Sicherungssystemen wie der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, die sich auf insgesamt rund 12,5 Billionen Euro beliefen. Diese Ansprüche müssten in den kommenden Jahrzehnten bedient werden, weshalb zusätzliche direkte Schulden die ohnehin hohe Belastung weiter verschärfen könnten, mahnte der FDP-Fraktionschef. „Wenn man sie

isoliert betrachtet, verkennt man das, was die Menschen in Deutschland alles noch erwirtschaften müssen, damit die Ansprüche bedient werden können," betonte Dürr. Die Haushaltslage Deutschlands müsse daher ganzheitlich betrachtet werden, um die langfristige finanzielle Stabilität nicht zu gefährden.

> „Politik muss sich daran gewöhnen, dass man mit dem Geld der Menschen hinkommt", so @ChristianDuerr [9] (@FDPbt [10]) zum #Finanzpaket [11]. Er sorge sich, dass neue Ausgaben nun „dauerhaft mit Schulden finanziert" würden, damit „heute eine #Koalition [12] funktioniert".#maischberger [13] @DasErste [14] pic.twitter.com/qqZDQuHpb1 [15]
>
> — Maischberger (@maischberger) March 18, 2025 [16]

Auch interessant:

- FDP will Schuldenpaket mit Verfassungsklagen stoppen [4]
- Bundestag live: 214. Sitzung des Bundestages [1]
- Der Schuldenpakt ist eine Kampfansage an die Jungen [17]
- Der Schuldenpakt belastet die junge Generation [18]
- Verteidigungsfonds statt Schattenhaushalt [5]
- FDP-Vorschlag: Verteidigungsfonds statt Schattenhaushalt [5]
- FDP-Entwurf: Gesetzes zur Errichtung eines Verteidigungsfonds für Deutschland und zur Änderung des Grundgesetzes [19]
- Merz hat die Wirtschaftswende für Deutschland abgesagt [20]
- Schuldenbremse: Merz' Schuldenorgie gefährdet Deutschlands Zukunft | FDP [21]
- Sondervermögen: Finanzierung der Bundeswehr ist eine Daueraufgabe | FDP [22]

Quell-URL:https://www.liberale.de/content/die-schulden-von-heute-sind-die-steuern-von-morgen#comment-0

Links
[1] https://www.youtube.com/watch?v=lqtV_uqCj_U [2] https://www.instagram.com/reel/DHV0siaO611/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading [3] https://www.instagram.com/reel/DHV9FDGuz5F/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading [4] https://www.fdp.de/fdp-will-schuldenpaket-mit-verfassungsklagen-stoppen [5] https://www.fdp.de/verteidigungsfonds-statt-schattenhaushalt [6] https://twitter.com/christianduerr/status/1901947780496511476?ref_src=twsrc%5Etfw [7] https://www.instagram.com/p/DHV49PJIFTR/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading [8] https://www.deutschlandfunk.de/interview-christian-duerr-fdp-fraktionsvs-zu-sondervermoegen-zukunft-der-fdp-100.html [9] https://twitter.com/christianduerr?ref_src=twsrc%5Etfw [10] https://twitter.com/fdpbt?ref_src=twsrc%5Etfw [11] https://twitter.com/hashtag/Finanzpaket?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [12] https://twitter.com/hashtag/Koalition?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [13] https://twitter.com/hashtag/maischberger?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [14] https://twitter.com/DasErste?ref_src=twsrc%5Etfw [15] https://t.co/qqZDQuHpb1 [16] https://twitter.com/maischberger/status/1902125313556881889?ref_src=twsrc%5Etfw [17] https://www.fdp.de/der-schuldenpakt-ist-eine-kampfansage-die-jungen [18] https://www.fdp.de/der-schuldenpakt-belastet-die-junge-generation [19] https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015099.pdf [20] https://www.fdp.de/merz-hat-die-wirtschaftswende-fuer-deutschland-abgesagt [21]

https://www.fdp.de/merz-schuldenorgie-gefaehrdet-deutschlands-zukunft [22]
https://www.fdp.de/finanzierung-der-bundeswehr-ist-eine-daueraufgabe